

DDR



Bildungszeitung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend

Editorial

Jugendliche kommen heute fast ausschließlich mit einem Geschichtsbild in Berührung, das von den Siegern des kalten Krieges geschrieben wurde. Darin erscheint die Restauration der alten Eigentums- und Machtverhältnisse in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg als legitime Notwehr gegenüber einer aggressiven kommunistischen Diktatur, die Bekämpfung des revolutionären Teils der Arbeiterbewegung als Voraussetzung für die Bewahrung von Demokratie und Wohlstand.

Diesen antidemokratischen Standpunkt kann die arbeitende und lernende Jugend, die für ihre Interessen kämpft, nicht einnehmen. Kriterium für unsere Bewertung der DDR wie der sozialistischen Staaten überhaupt muss sein, inwieweit sie einen Fortschritt in der Verwirklichung der Grundrechte der Jugend, d.h. des Rechts auf Frieden, auf Bildung und Ausbildung sowie auf des Rechts auf Arbeit dargestellt haben.

Der Schwerpunkt der Darstellung in diesem Bildungsmonat liegt in der Entstehungsgeschichte der DDR über ihre Konsolidierung bis zum Wendepunkt in ihrer Entwicklung Mitte der 1970er Jahre. Wir wollen dadurch erreichen, dass die Möglichkeiten zur Verwirklichung der Grundrechte der Jugend in der DDR und die immensen Fortschritte, die sie in dieser Hinsicht erreichen konnte, in das Zentrum der Betrachtung rücken. Es soll gezeigt werden, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die politische Macht der Arbeiterklasse hierfür notwendige Voraussetzungen waren.

Die Errungenschaften des DDR-Bildungssystems haben wir in einem eigenständigen Artikel behandelt. Das Recht auf Bildung und Ausbildung nimmt in unseren Anschauungen und entsprechend in unserer Politik eine zentrale Rolle ein. Es zeigt sich, dass ein einheitliches Bildungssystem – eine Schule für alle, jedem einen Ausbildungsplatz, ein Bildungssystem mit gesellschaftspolitischen Zielstellung und ohne Sackgassen – in der DDR verwirklicht werden konnte.

Eine Analyse der Niederlage wollen wir in diesem Bildungsmonat nicht schwerpunktmäßig betreiben. Hierfür müssten wir nicht nur die Darstellung der inneren Entwicklung der DDR vertiefen, sondern auch äußere Faktoren benennen. Nicht zuletzt müssten die Entwicklungen in der UdSSR als Führungsmacht des Sozialismus aufgearbeitet werden.

Wir beschränken uns daher mit einem kurzen Ausblick auf das Ende der DDR, an die sich unsere Empfehlungen für das weitere Studium zu dieser Problematik anschließen. Die Funktion dieses Textes ist insbesondere die, unsere Einschätzung von einem Wendepunkt in der Entwicklung der DDR Mitte der 1970er Jahre transparent zu machen. Dabei darf aber zu keinem Zeitpunkt außer Acht gelassen werden, dass die beträchtlichen sozialpolitischen und kulturellen Errungenschaften zugunsten aller Werktätigen in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren weitestgehend unverändert geblieben sind, ja zum Teil noch ausgebaut werden konnten.

SDAJ

Gebrauchsanweisung

Diese Bildungszeitung hat im Gegensatz zu anderen Zeitungen einen entscheidenden Nachteil: Es reicht nicht aus, sie einfach nur zu lesen. Die Bildungszeitung hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann gemeinsam Fragen formuliert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf die heutige Zeit bezieht und in den Gruppen über die Aktualität des Themas diskutiert.

Schwerpunkt dieser Bildungszeitung bildet ein Text zur Geschichte der DDR und ein Text zum Bildungssystem der DDR. Ersterer hat das Ziel, die Entstehungsgeschichte der DDR zu erläutern, Errungenschaften und Probleme zu benennen und einen Rahmen zu schaffen, in dem über die Verwirklichung der Grundrechte der Jugend in der DDR diskutiert werden kann. Der Text ist anspruchsvoll und sollte von der Bildungsverantwortlichkeit für den Gruppenabend vorbereitet werden. Der Text zum Bildungssystem der DDR wendet sich der Frage zu, wie das Grundrecht auf Bildung und Ausbildung in der DDR verwirklicht und ausgestaltet werden konnte. Hier sollte in der Diskussion der Bezug auf die heutige Situation gesucht werden: Inwieweit kann uns die Einheitschule (und später die polytechnische Oberschule) als Vorbild für „Eine Schule für alle“ dienen?

Der Ausblick auf das Ende der DDR wie auch die weiteren Quellenangaben sollten nicht schwerpunktmäßig behandelt werden. Sie dienen dazu, euch eine Hilfestellung für die weitere Beschäftigung mit diesem Thema zu geben.

Insgesamt wird die Diskussion sehr viel intensiver, wenn alle den Artikel im Vorfeld gelesen haben. Auf dem Gruppenabend sollte es dann noch eine kurze Zusammenfassung geben bei der man die zentralen Aussagen am Besten aufschreibt. Gemeinsam könnt ihr die Artikel anhand der Arbeitsfragen diskutieren: Sie sollen euch helfen, die Inhalte der Texte anhand eurer Erfahrungen zu diskutieren und ihre Bedeutung für die Verbandsarbeit zu verstehen.

Für alle Fragen zur Durchführung der Bildungsabende, weiterem Material oder anderen Nachfragen, wendet euch an die Bildungs-AG des Bundesvorstands.

Geschichte der DDR bis 1975

I. Warum die DDR entstand

Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die alliierte Anti-Hitler-Koalition und vollständigen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 wurde Deutschland von den schlimmsten Feinden des Volkes befreit und in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Besatzungssektoren aufgeteilt. Deutschland sollte jedoch unter einer einheitlichen Leitung durch den Alliierten Kontrollrat verwaltet werden, der auch die oberste Jurisdiktion für Deutschland ausübte. Für die einheitliche Politik des Kontrollrates wurden im Juli 1945 in dem Abkommen von Potsdam einheitliche Grundsätze durch die Siegermächte vereinbart.

Diese Grundsätze sahen keineswegs eine politische Spaltung Deutschlands vor, sondern konzipierten eine demokratische und antifaschistische Entwicklung und die Zerschlagung aller ökonomischen und politischen Grundlagen, die eine Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus als Verursacher zweier verheerender Weltkriege verhindern sollte.

Obgleich sowohl der Kontrollrat als auch die maßgeblichen Kräfte in allen vier Militärregierungen zunächst bestrebt waren, die Potsdamer Beschlüsse in ihren Besatzungsgebieten umzusetzen, kam es doch bald in den drei westlichen Besatzungszonen zu Bemühungen, die zunächst einheitlich gefassten Beschlüsse zu umgehen und für diese drei Besatzungsgebiete eine separate Politik zu verfolgen, die ein einheitliches Weiterarbeiten des Kontrollrates verhinderte und darauf abzielte, das in Potsdam vereinbarte Ziel der Schaffung eines antifaschistischen und demokratischen neutralen Deutschlands zu ver-



Konstituierende Sitzung der Provisorischen Volkskammer der DDR am 7. Oktober 1949

hindern. Damit gingen die drei westlichen Alliierten immer deutlicher auf einen Konfrontationskurs zu ihrem ehemaligen Verbündeten, der UdSSR, der letztlich zum Bruch der Koalition und in den „Kalten Krieg“ der zwei Lager mündete.

In der sowjetischen Besatzungszone war am konsequentesten versucht worden, die Beschlüsse der Potsdamer Vereinbarungen durch die Militärregierung umzusetzen. Sie wurde dabei durch die Antifaschisten unterstützt, denen es gelungen war, die Zuchthäuser und Konzentrationslager Nazideutschlands zu überleben und die aus der Emigration zurückkamen. Die stärkste Gruppe unter ihnen waren Kommunisten und Sozialdemokraten, die mit antifaschistischen bürgerlichen Intellektuellen die regionalen Verwaltungen übernahmen. Sie leiteten auch die von der sowjetischen Militärregierung initiierten Maßnahmen zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Eine Enteignung der Junkergüter und des Eigentums ehemals regierender Fürstentümer war schon 1925 von der SPD und KPD gefordert und eingeleitet, jedoch von nationalistischen Kräften verhindert worden.

Die sowjetische Regierung, namentlich Stalin, wollte lange Zeit den separaten Weg der westlichen Alliierten nicht akzeptieren und beharrte auf die Errichtung eines neutralen Deutschlands. Erst als die westlichen Besatzungsmächte für ihre Besatzungsgebiete eine eigene Währungsreform durchführten und von alten konservativen bürgerlichen Kreisen um Jacob Kaiser und Konrad Adenauer sowie reformistischen Sozialdemokraten unterstützt, daran gingen, auch staatliche Strukturen zu schaffen, griff Stalin auf Vorschläge deutscher Kommunisten zurück, nunmehr in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit der Gründung jener antifaschistisch-demokratischen Republik zu reagieren, die sie im Kampf gegen Hitler-Deutschland seit 1939 und 1943 mit der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland gefordert hatten. Diese Zielstellung war zwar von Stalin seit 1943 unterstützt worden, sollte jedoch zunächst nicht allein auf die SBZ angewandt werden.

Die Gründung der DDR auf dem Gebiet der SBZ entsprach nicht der gewollten und vereinbarten Nachkriegsregelung mit der Sowjetunion. Der Akt am 7. Oktober 1949 war das Ergebnis des Bruchs dieser Vereinbarungen durch die Gründung einer Bundesrepublik aus den drei westlichen Besatzungszonen vom Mai 1949. Von vielen Deutschen, war die Ausrufung der Bundesrepublik als nationaler Verrat empfunden und vor allem dessen Protagonisten Konrad Adenauer angelastet worden.

2. Wie sich die DDR zu einem sozialistischem Staat entwickelte

Sozialdemokraten und Kommunisten hatten sich in der SBZ schon vor der Gründung der DDR zu einer gemeinsamen Partei, der SED, zusammengeschlossen. Analoge Bestrebungen waren in den westlichen Besatzungszonen von den Militärregierungen untersagt worden. Die SED wurde, in den revolutionären Erfahrungen (Traditionen) der Kämpfe in der Weimarer Republik und gegen den Faschismus stehend, zur führenden Kraft in der weiteren Entwicklung der DDR. Sie schuf ein Bündnis demokratisch-antifaschistischer Parteien (Nationale Front des demokratischen Deutschland) mit denen sie gemeinsam den wirtschaftlichen und politischen Aufbau in der jungen DDR

(Zweijahresplan und Fünfjahrplan) bei einer offenen Grenze begann und ihn leitete.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der sich wieder die alten kapitalistischen Machtverhältnisse restaurierten und dabei die vielfach auch auf faschistische Kader zurückgriff, wurden in der DDR die kapitalistischen Strukturen und faschistische Überreste konsequent bekämpft und beseitigt, jedoch das private Handwerk und das Genossenschaftswesen gefördert. Die gesamte Großindustrie und entscheidende Teile der mittelständischen Unternehmen wurden in Staatseigentum überführt. Das waren Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Die SED beschloss folglich auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952, gestützt auf das vorhandene Wirtschaftspotential, mit der UdSSR verbunden und auf sie orientiert, in der DDR eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Mit dem 2. Fünfjahrplan sollte eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte erreicht werden.

Doch führende Kräfte in der UdSSR hielten sich über den Tod Stalins hinaus die Option offen, die DDR in ein einheitliches neutrales und demokratisches Deutschland einzubringen, wenn die Bundesrepublik ihrerseits nicht in die NATO eingebunden würde. Diese Politik der UdSSR führte zu tiefen Meinungsverschiedenheiten in der SED-Führung und veranlasste Walter Ulbricht das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaus zu forcieren. Die Rigorosität des Aufbautempos belastete den erreichten Lebensstandard und führte zur Unzufriedenheit in Teilen der Arbeiterklasse. Als Adenauer (gestützt auf die Westmächte) den Vorschlag eines neutralen Deutschlands strikt ablehnte und versuchte, unter Ausnutzung der Unzufriedenheit von Teilen der DDR-Bevölkerung in Ostberlin im Juni 1953 einen Putsch zu inszenieren, zerschlug die UdSSR die konterrevolutionären Kräfte mit militärischer Gewalt. Sie integrierte erst danach die DDR in das osteuropäisch entstandene System volksdemokratischer Staaten, das nach 1949 entstanden und im Warschauer Pakt vereinigt war. Ein Vorbehalt zur Lösung der „Deutschlandfrage“ verblieb dennoch in der sowjetischen Außenpolitik.

Die SED und die mit ihr verbündeten demokratischen Kräfte konnten sich aber weitgehend politisch auf die Unterstützung der UdSSR beim sozialistischen Aufbau verlassen. Die Hitler-Wehrmacht hatte mit ihren Verwüstungen in der UdSSR dieser einen so hohen volkswirtschaftlichen Schaden zugefügt, dass sie zunächst auf Reparationen angewiesen war, die von der DDR für Deutschland geleistet werden mussten. Sie haben die Wirtschaftsentwicklung der DDR noch in einer Zeit gehemmt, als in der Bundesrepublik mit dem US-amerikanischen Marshall-Plan der deutsche Imperialismus restauriert und massiv gestärkt wurde. Diese Stärkung wurde im Nachhinein propagandistisch als 'Wirtschaftswunder' ausgegeben. Trotz dieser ungleichen ökonomischen Bedingungen in beiden deutschen Staaten - in der Bundesrepublik befand sich zudem der größte Teil des Industriepotentials des ehemaligen Deutschlands, gelang es der DDR mit dem zweiten Fünfjahrplan bis 1961 entscheidende ökonomische und soziale Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Gleichzeitig unterstützte die DDR-Führung den sowjetischen Vorschlag, eine Konföderation beider deutscher Staaten mit einem Gesamtdeutschen Rat zu schaffen, der eine deutsche Nationalversammlung vorbereiten



sollte. Der Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland sollte dazu Voraussetzung sein. Die Konföderation sollte die Spannungen in Europa abbauen und war ein sowjetisches Konzept zur Vereinigung beider deutscher Staaten unter dieser Voraussetzung.

Die offene Grenze der DDR zur Bundesrepublik führte zu wirtschaftlichen Belastungen und zu politischen Einflussnahmen durch die Bundesrepublik auf die sozialistischen Entwicklungen in dem anderen deutschen Staat. Gleichzeitig wurde in der Bundesrepublik die Kommunistische Partei verboten und Kommunisten (wie in der Hitler-Zeit) teilweise zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

In der DDR war bis zu diesem Zeitpunkt ein einheitliches Sozialversicherungssystem geschaffen worden, das allen Bürger eine kostenlose medizinische und eine unentgeltliche Versorgung mit Medikamenten sicherte. Die Lebensmittelpreise wurden staatlich subventioniert, auf einem stabilen Niveau gehalten. Die Gleichberechtigung der Frauen war gesetzlich festgesetzt und im Arbeitsprozess gesichert. Sie bekamen die gleichen Löhne für die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen. Es waren Kindertagesplätze in Betrieben und Wohngebieten entstanden. Arbeitslosigkeit war in der DDR unbekannt, ebenso Wohnungslosigkeit, auch wenn in der frühen Zeit das Wohnungsproblem noch nicht gelöst war und die Altbausubstanz dominierte. Doch die ersten Wohnungsbaugenossenschaften entstanden, die von volkseigenen Betrieben getragene Neubauwohnungen für eine geringe Miete schufen.



Frauenlehrgang in der DDR



Neubegründung der LPG 1957

Das alte Bildungsprivileg war überwunden. Die Hochschulbildung war kostenfrei, der Weg zu Hochschule wurde den Arbeiter- und Bauernkindern über ein Abitur an den Arbeiter- und Bauernfakultäten der Universitäten ermöglicht. Ein einheitliches Bildungssystem sicherte ein hohes Bildungsniveau im Schulsystem.

Die Kulturpolitik war trotz zeitweiliger administrativ-bürokratischer Eingriffe vom Profitmechanismus befreit und ermöglichte allen Werktätigen einen Zugang zur Kultur, zu Theatervorstellungen und Konzerten. Die Eintrittspreise waren teilweise von den Gewerkschaften und teilweise vom Staat subventioniert. Die Verfügbarkeit und Anwendung der Arbeitskraft stand unter gesellschaftlicher Kontrolle und war nicht mehr privaten Interessen unterworfen. Die Gewerkschaften hatten weitgehende Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, bei der Einstellung und Kündigung von Beschäftigten und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Diese sozialpolitischen Ergebnisse konnten nur durchgesetzt werden, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt, die Macht und die Freiheit der Konzerne und Großbanken aufgehoben war. Die DDR realisierte damit wesentliche Menschenrechte, die in der UNO-Menschenrechts-Charta von 1948 festgelegt waren und die in der Verfassung der Bundesrepublik und in die europäische Menschenrechtskonvention (1952) nicht aufgenommen wurden. In der DDR war Rassismus und Antisemitismus verboten und stand unter Strafe. Es gab zur Sicherung des Schutzes des sozialistischen Aufbaus einen zentralen Staatsschutz mit dem Ministerium für Staatssicherheit, das gleichzeitig für die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen zuständig war, die in der DDR nicht unter die Verjährung fielen. Es war auch zuständig für die Abwehr von Versuchen bundesdeutscher Einflussnahmen zur Störung der inneren Entwicklung der DDR.

Die Freiheitsrechte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu Gunsten des Gewinns einzelner waren in der Verfassung rechtlich beseitigt. Der Übergang von der Einzelbauernwirtschaft, die von der Bodenreform 1946 gestärkt worden war, zur Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften vollzog sich, wie erwartet, nicht reibungslos und belastete zunächst die weitere wirtschaftliche

Entwicklung und zeitweilig auch die Lebensmittelversorgung. Doch letztlich konnte die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gesichert werden. Sie blieb aber grundsätzlich von den eigenen Produktionsmöglichkeiten abhängig, weil die DDR vom Weltmarkt weitgehend isoliert und ihre Währung eine Binnenwährung blieb und international einem Handelsembargo unterlag. Nahrungsmittelimporte waren abhängig von Exporten hochwertiger Industriewaren. Zur Erzeugung solcher Industriewaren gab es außerhalb des sozialistischen Lagers internationale Verkaufsverbote an die DDR, vor allem von elektronischen und anderen Hochleistungstechnologien (nach westlichen Embargo-Listen).

Die Schließung der Grenze zur Bundesrepublik und Westberlin 1961 diente der Sicherung sowohl einer friedlichen Entwicklung in Europa als auch der Stabilisierung der DDR. Als Nachteil musste eine weitere Isolierung vom Welthandel in Kauf genommen werden. Doch mit der Grenzschließung erhielt die DDR von der Sowjetunion weitgehend ihre staatlichen Hoheitsrechte zurück. Als Einschränkung verblieb lediglich die Sicherung der Außengrenze unter der Befehlsgewalt des Warschauer Vertrages, der weitgehend von der UdSSR dominiert war.

Die 1967 von der Volkskammer beschlossene Ausarbeitung einer neuen Verfassung der DDR wurde im Gegensatz zur Bundesrepublik anschließend zur Diskussion gestellt. Am 6. April 1968 wurde sie in einem Volksentscheid von 94,49% der Wahlberechtigten DDR-Bürger angenommen.

3. Probleme der sozialistischen Entwicklung

Der Sozialismus der DDR verstand sich nicht nur als Diktatur des Proletariats, sondern war zunehmend bestrebt, alle Schichten der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau zu integrieren und zugleich die nationale Frage damit zu lösen. Im ganzen sozialistischen Lager gestalteten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse derart, dass eine kontinuierliche Bewältigung der Probleme beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft möglich war. Die weitere Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie wurde zunächst erfolgreich fortgesetzt, vor allem im Bereich der örtlichen Organe. Die demokratische Gestaltung sozial geprägter Kommunalpolitik war gewährleistet durch Mitarbeit und Initiative der Werktätigen in den Stadt- und Kreisvertretungen. Auch in den von der Bevölkerung gewählten Schiedskommissionen wurden viele lokale Probleme gelöst und die Gerichte von ihnen entlastet. Aber dieses erreichte Niveau kollidierte mit der Zeit immer stärker mit der demokratischen Ge-



Mauerbau 1961 in Berlin

samtführung des Staates. Es entfielen zunehmend nicht nur öffentliche Diskussionen von Problemen, sondern die Leitungen der Bezirke und Gesetzgebung der Volkskammer wurde immer mehr der öffentlichen Transparenz entzogen. Diese Entwicklung vollzog sich langsam und blieb zunächst widersprüchlich. Im ersten Stadium wurde der Mangel an öffentlicher Problemdiskussion berechtigterweise noch als Schutzmaßnahme gegen provokatorische Einmischungen der Bundesrepublik verstanden und allgemein akzeptiert. In einem bestimmten Entwicklungsstadium schlugen diese dann aber in einen hemmenden Faktor um. Dieser Prozess ist nie erkannt und formuliert worden. Viele Werktätige nahmen die Art und Weise, wie die zentralen Staatsorgane die ökonomische Entwicklung leiteten, zunehmend als entfremdete Rituale wahr. Es war eine Bürokratisierung der sozialistischen Demokratie, die damit langsam aber schrittweise ihre Wirksamkeit immer mehr einbüßte.

Die Absicht der SED-Führung, im Wettbewerb mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik zu bestehen, verführte sie dazu, verstärkt auf Konsumwerte zu orientieren. Begleitet wurde diese Konsumorientierung von einem Rückgang der Investitionsraten und nahm zunächst auch eine kostenaufwendige Modernisierung des Produktionsapparates in Kauf. Mit dem veralteten Produktionsapparat sollte der weitere Ausbau des Sozialsystems vorangetrieben werden.

Diese Orientierung hemmte die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der DDR und führte zu heftigen Auseinandersetzungen. Sie mündeten in dem Versuch Walter Ulbrichts, ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖSPL) der Volkswirtschaft zu etablieren:

Die volkswirtschaftlichen Planungssysteme sollten auf der Grundlage einer wissenschaftlich begründeten Perspektive effektiver gestalten sowie die schöpfer-

ische Mitwirkung der Werktätigen über größere materielle Anreize im Produktionsprozess erreicht werden. Insgesamt sollte das von den Wissenschaftlern der DDR dazu entwickelte ökonomische System der Planung und Leitung eine neue Etappe im Aufbau des Sozialismus einleiten. Im weiteren Verlauf der Diskussion um dieses System, die wieder öffentlich geführt werden konnte, wurde eine konsequente Konzentration der ökonomischen Kräfte und Mittel auf die Förderung entscheidender Wirtschaftszweige vorgeschlagen sowie auf die Einführung der Elektronik und Rechentechnik und deren vorrangige Förderung orientiert.

Das vorgesehene System erforderte eine weitgehende Umgestaltung der Volkswirtschaft zu einem geschlossenen organischen System, in dem über eine exakte Kostenregulierung, mit neuen ökonomischen Normen wie Kredit, Zins, Preis und Gewinn die Qualität der Produktion erhöht und die Entwicklung der Produktivkräfte konkreter geleitet werden sollten. Das bis 1965 ausgearbeitete System rief innerhalb der DDR wie in der UdSSR und zwischen beiden Staaten Meinungsverschiedenheiten hervor. In ihrem Ablauf unterstützte die Mehrheit der Führung des Politbüros der KPdSU nicht die von der SED-Führung entwickelte Initiative und lehnte auch ab, über das vorgeschlagene System einen einheitlichen Wirtschaftsorganismus der Staaten des Warschauer Vertrages zu schaffen.

Der Übergang der Hoheitsrechte auf die Staatssouveränität vollzog sich nicht konfliktfrei. Nach der Auflösung der Militärregierung gab es manchmal erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der SED-Führung und dem sowjetischen Botschafter, zu einer solchen grundsätzlichen Differenz war es aber zwischen den beiden Parteiführungen nach 1945 noch nicht gekommen. Die SED musste ihre Initiativen auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus im Rahmen des neuen Fünfjahresplanes reduzieren und sich in die traditionelle RGW*-Politik einfügen. Eine offene internationale Debatte dieser Frage war nicht möglich und die SED-Führung dazu auch nicht bereit. Im RGW war es bis dahin nicht gelungen, eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu organisieren, offene Grenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern oder eine einheitliche Währung zu schaffen. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Mitgliedsländer variierte stark und die daraus resultierenden Widersprüche waren erheblich. Sie konnten im Rahmen der traditionellen Zusammenarbeit nicht gelöst werden.

In den Folgejahren konnte die produktionstechnische Basis der DDR im Rahmen der Handelsbeziehungen (innerhalb der Embargo-Grenzen) weiter ausgebaut und die militärische Sicherung der DDR gesichert werden. In diesem Rahmen gelang es ihr auch, einige Elemente des „Neuen ökonomischen Systems“ in die weitere Wirtschaftspolitik zu integrieren und auch die westliche Embargopolitik zu unterlaufen. Doch eine grundsätzliche Lösung des Konfliktes konnte nicht erreicht werden. Diese spiegelten sich in den folgenden Jahren immer wieder in unterschiedlichen Konflikten auf der kulturellen, der allgemeingesellschaftlichen und politischen Ebene wider.

Walter Ulbricht versuchte, seine internationale Autorität nutzend, die DDR nunmehr über die Anwendung der



Arbeiter und Bauerninspektion 1971 in Leipzig

*RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Im Jahr 1949 auf Initiative der Sowjetunion gegründet, sollte dieser zwischen den Mitgliedstaaten eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Arbeitsteilung in der Herstellung bestimmter Güter bewirken.

wissenschaftlich-technischen Fortschritte ökonomisch zu festigen und mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den RGW-Staaten sowie einer aktiven Außenpolitik gegenüber kapitalistischen Staaten abzusichern. Seine Bemühungen wurden in der sowjetischen Parteiführung vielfach mit Misstrauen betrachtet und führten zu Bestrebungen, ihn von der Führung der SED zu verdrängen. Im Mai 1971 trat Walter Ulbricht als 1. Sekretär des ZK der SED zurück.

Bildung und Ausbildung in der DDR

Die Idee einer Einheitsschule, in der Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Bildungschancen genießen, hat eine lange Geschichte. Sie ist seit jeher Teil bildungspolitischer Vorstellungen fortschrittlicher Pädagogen und Philosophen gewesen und war schon vor dem 1. Weltkrieg wesentlicher Bestandteil der revolutionären Arbeiterbewegung. Nach der Zerschlagung des Faschismus erhielt die Idee der Einheitsschule einen starken Auftrieb. In den meisten Ländern Europas wurden die bisherigen dualen oder vertikal mehrgliedrigen Schulsysteme durch ein Einheitsschulsystem ersetzt. Nach dem 2. Weltkrieg gab es in allen deutschen Ländern Bestrebungen, ein einheitliches Schulsystem nach demokratischen Maßstäben zu etablieren.

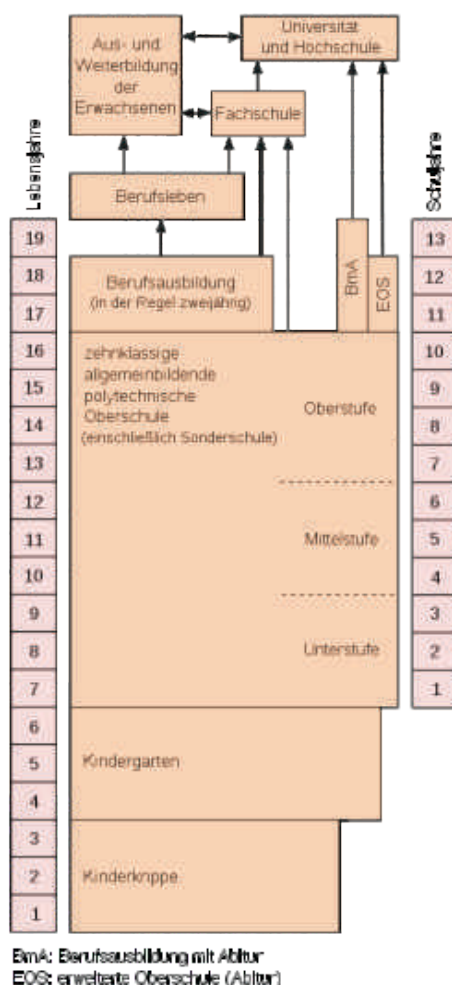
Arbeitsfragen

- (1) Welche Einschnitte, welche Meilensteine in der politischen und ökonomischen Entwicklung in der DDR nennt der Text? Erstell dazu einen Zeitstrahl.
- (2) Unter welchen wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen wurde der Sozialismus in der DDR aufgebaut? Nenn die Faktoren, die sich hierfür ungünstig ausgewirkt haben. Welche Errungenschaften konnten in der DDR dennoch erreicht werden?
- (3) Nenn Probleme der sozialistischen Entwicklung. Zeigen sich darin grundsätzliche Probleme einer sozialistischen Planwirtschaft?

Einheitsschule in der DDR

Während diese Gedanken in der BRD im Zuge der Wiederherstellung der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse in den 1940er und 1950er Jahren aufgegeben wurden, hielt man in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR daran fest. Mit der demokratischen Einheitsschule sollte das alte Bildungsprivileg des Bürgertums überwunden und das Recht auf Bildung verwirklicht werden. Grundlage war eine achtjährige Grundschulausbildung mit naturwissenschaftlichem Fachunterricht und Unterricht in einer Fremdsprache. Zugleich wurden antifaschistisch-demokratische Schulverwaltungen gebildet und die berufliche Ausbildung für alle Jugendlichen abgesichert. Abgänger der 8. Klassen konnten über eine vierjährige Oberschule die Hochschulreife erlangen oder einen Beruf erlernen. Für das Berufsbildungssystem wurde seit Ende der 1950er Jahre die Aufhebung des „Widerspruchs zwischen progressiver Technik und Technologie und der relativen Stagnation des Bildungsinhaltes in der Berufsbildung“ in Angriff genommen: Die Entwicklung der Produktion erforderte eine Veränderung der Lehrinhalte, eine Verbreiterung und Vereinheitlichung der Berufsschulbildung. Es wurden der zwölfstündige Berufsschulunterricht und Lehrmeisterinstitute für die Ausbildung der berufspraktischen Ausbilder eingeführt. Betriebsberufsschulen, Lehrwerkstätten und Lehrlingsheime wurden zu einem System von technischen Berufsschulen für die berufliche Weiterbildung zusammengefasst.

Struktur des Schulsystems in der DDR
(vereinfachte Darstellung)



Polytechnische Oberschule

Bereits seit dem Jahr 1959 wurde die bestehende achtjährige Einheitsschule schrittweise durch die zehnjährige allgemeinbildende polytechnische Oberschule ersetzt. Diese Entwicklung mündete im „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ von 1965, das bis 1989 grundlegend für das DDR-Bildungssystem blieb. Einheitlich meint einerseits, dass alle Glieder des Bildungswesens – vom Kindergarten über die polytechnische/erweiterte Oberschule bis hin zur Hochschul- und Erwachsenenbildung – zusammenwirken, um sog. Sackgassen im Bildungsweg zu vermeiden und durch eine enge Zusammenarbeit der Schulformen die Übergänge von Kindergarten

en/1. Schuljahr, Oberschule/Berufsausbildung bzw. Erweiterte Oberschule/Hochschulbildung möglichst nahtlos ineinandergreifen zu lassen und perspektivlose Berufswege zu vermeiden. Andererseits meint es das Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, die sich bei der Bildung und Erziehung Jugendlicher engagierten: Kinder- und Jugendorganisationen, außerschulische Einrichtungen, Eltern, Betriebe usw.

Die Idee der Einheitsschule wurde in der zehnjährigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule aufgehoben und weiterentwickelt. Inhalt des polytechnischen Unterrichts war die Vermittlung eines möglichst breiten naturwissenschaftlichen Allgemeinwissens, von Produktionstechniken und -abläufen in den Betrieben und damit eine Vorbereitung auf die sich an die Schule anschließende Ausbildung und das spätere Arbeitsleben. Die Lehrpläne der polytechnischen Oberschule wurden mit der Zeit so angepasst, dass höhere Vorleistungen für die Berufsbildung erbracht werden konnten.

Berufsausbildung

Nach dem Abschluss der zehnjährigen Oberschulbildung gab es mehrere Möglichkeiten zur weiteren Bildung und Ausbildung: Die zweijährige Erweiterte Oberschule mit Abschluss der Hochschulreife und anschließendem Hochschulstudium; die dreijährige Berufsausbildung mit Abitur, deren Absolventen einen doppelten Abschluss (Facharbeiterprüfung und Hochschulreife) erhielten; Ein vierjähriges Studium auf einer pädagogischen oder medizinischen Fachschule mit Ziel eines Berufsabschlusses in diesem Bereich; die klassische Berufsausbildung in volkseigenen, genossenschaftlichen oder privaten Betrieben sowie im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich.

Bei den Zielen der Berufsausbildung stand deren gesellschaftspolitische Funktion im Vordergrund: Die Bildung einer allseitigen sozialistischen Persönlichkeit, die eine Doppelfunktion als sozialistischer Eigentümer und Produzent einnahm. Darunter fällt der Versuch, das traditionelle Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit aufzuheben; das – insbesondere in der deutschen Geschichte besonders ausgeprägte – Gefälle zwischen Bildung und Ausbildung zu überwinden und die Lernenden zu einer selbsttätigen und verantwortlichen Arbeitsweise zu erziehen. Lebenslanges Lernen sollte tendenziell Teil einer jeden praktischen Tätigkeit sein, das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis, der Arbeitsteilung zwischen Hand- und Kopfarbeit tendenziell aufgehoben werden.

Für Jugendliche, die die Oberschule ohne Abschluss der 10. Klasse verließen, gab es spezielle Wege einer beruflichen Ausbildung. Für alle Jugendlichen, die sich nicht zu einem Hoch- oder Fachhochschulstudium entschieden, war eine Berufsausbildung gesichert. Die Mehrzahl wurde in sog. Grundberufen ausgebildet, die sie im Verlauf der Ausbildung weiter spezialisieren konnten. Der überwiegende Teil der Ausbildungszeit wurde für Grundlagenbildung, der Rest auf die berufliche Spezialisierung verwandt. Der Berufsschulunterricht fand in Betriebs- oder kommunalen Berufsschulen statt und wurde von speziell ausgebildeten Pädagogen betrieben. Die Ausbildungsbetriebe waren verpflichtet, dem Auszubildenden ein halbes Jahr vor dessen Abschluss einen berufsgerechten Arbeitsplatz anzubieten.

Betriebsberufsschule bei ihrer Gründung 1955 in Dresden



Fazit

Das einheitliche Bildungssystem der DDR, das allen Jugendlichen gleiche Bildungschancen einräumt und perspektivlose oder geringqualifizierte Bildungsgänge vermeidet, ist zweifellos einzigartig in der deutschen Geschichte.

Wengleich sich – insbesondere in den 1980er Jahren – auch Unzulänglichkeiten zeigten: Eine große Stofffülle in den Lehrplänen, die nicht immer erfüllt werden konnte; eine gewisse Einförmigkeit in der Gestaltung des Unterrichts (Frontalunterricht) und der pädagogischen Arbeit der LehrerInnen und AusbilderInnen. Probleme, die innerhalb des bestehenden Bildungssystems lösbar waren und zu deren Auflösung es – aus bekannten Gründen – nicht mehr gekommen ist.

Das Bildungssystem in der DDR war einerseits darauf ausgerichtet, Fachkräfte nach den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Plans auszubilden, der auf einen weiteren Ausbau der sozialen Errungenschaften ausgelegt war; andererseits sollten sozialistische Persönlichkeiten entwickelt, tradierte Herrschaftsverhältnisse – etwa das zwischen Lehrmeister und



Polytechnischer Unterricht in der Karl-Marx-Stadt, 1989

Lehrling – überwunden werden. Eine Ausrichtung des heutigen Bildungssystems in Deutschland auf diese Zielstellungen wird wohl ohne die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die politische Macht der Arbeiterklasse nicht zu denken sein. Denn durch das heutige deutsche Bildungssystem zieht sich die Klassenspaltung: Das mehrgliedrige Schulsystem, Ausbildungsplatzmangel und Zugangsbeschränkungen an den Hochschulen entsprechen den Verwertungsinteressen des Kapitals.

Arbeitsfragen

(1) Besprecht die Grundzüge des Bildungssystems in der DDR. Welche Ziele wurden mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ verfolgt? Zu welchem Zweck war der Unterricht in den Oberschulen polytechnisch ausgerichtet? Welche Merkmale wies das Berufsbildungssystem auf?

(2) War das Grundrecht auf Bildung und Ausbildung in der DDR erfüllt?

(3) Vergleicht die Ausrichtung des Bildungssystems der DDR mit euren Erfahrungen in der BRD. Wo liegen hier markante Unterschiede, nicht nur im Detail, sondern in der grundsätzlichen Ausrichtung? Sollten wir uns stärker in der Agitation im Schulstreik auf die Errungenschaften in der DDR beziehen?



Neubaugebiet im Zuge des Wohnungsbauprogramms in Halle-Neustadt

Ausblick: Das Ende der DDR

Die Verdrängung Walter Ulbrichts von der Partei- und Staatsspitze bedeute die Beendigung des unter seiner Führung begonnenen Reformprogramms, des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Lenkung sowie die Abwendung von der Einschätzung Ulbrichts, wonach der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation“ sei. Der VII. Parteitag der SED vom Juni 1971 dokumentierte diesen Kurswechsel und stellte reichlich realitätsfern bereits Momente eines schon aktuellen Übergangs zum Kommunismus als Merkmale auch der DDR-Gesellschaft fest. Unter der Losung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde in Differenz zur bisherigen Politik von der neuen Parteiführung unter Honecker die rasche Hebung der Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Massen verkündet. Es sollte nur so viel Industriepolitik betrieben werden, wie dies mit der Stabilisierung und Erhöhung des Lebensstandards vereinbar war. Kernpunkt der neuen Sozialpolitik der SED war das 1971 verkündete Wohnungsbauprogramm. Dem umfassenden Sozialprogramm lag die Überlegung zugrunde, daß eine solide und attraktive Versorgung der Bevölkerung hohe Investitionen in die Industrie und eine beschleunigte Akkumulation sicherstelle. Diese Rechnung indessen ging nicht auf. Bald stellte sich heraus, daß das erhoffte Wachstum der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftskraft nicht wie geplant eintrat. Schließlich konnte in der Sozialpolitik nur ausgegeben werden, was in der Produktion erwirtschaftet wurde. Offensichtlich waren diese beiden Ebenen nicht aufeinander abgestimmt, bzw. wurde vom falschen Ende her gedacht: Erst ausreichende Investitionen und damit erhöhte Akkumulation konnten die Grundlagen einer erweiterten Sozialpolitik schaffen und nicht umgekehrt. Um ihre sozialpolitischen Ziele nicht aufgeben zu müssen, bemühte sich die DDR-Regierung darum, diese Ziele durch Auslandskredite zu finanzieren. Ihre internationale Zahlungsfähigkeit versuchte die DDR allerdings durch Einsparungen des privaten Konsums zu stabilisieren. Die Engpässe auf dem Binnenmarkt in den achtziger Jahren beruhten zu erheblichen Teilen darauf, daß die für den inländischen Bedarf hergestellten Produkte kurzfristig zur Ausfuhr bestimmt wurden, um an notwendige Devisen zur Schuldentilgung zu gelangen. Auf diesem Wege wurde die sozialistische Ökonomie der DDR schrittweise in den kapitalistischen Weltmarkt hineingedrängt, setzte sich damit dessen Konkurrenzbedingungen aus und mußte eine Beeinflussung ihrer Binnenwirtschaft hinnehmen, da die Produktion nun verstärkt auf den zur Devisenerbringung notwendigen Exportbedarf umgestellt werden mußte. Allerdings blieben die Eigenproduktionen der DDR hinter dem Weltmarktstandard zurück. Im Ergebnis vergrößerte sich der Abstand bei der Arbeitsproduktivität im Vergleich zur kapitalistischen Konkurrenz. Nicht selten wurden daher Produkte unterhalb ihres Entstehungspreises verkauft, um überhaupt Abnehmer zu finden. Honeckers Verkündung einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik forderte den Vergleich des Lebensstandards der beiden deutschen Staaten geradezu heraus und stimulierte in der Bevölkerung Konsumertwartungen, die sich am Warenreichtum des Westens

orientierten und in immer stärkeren Maßen enttäuscht wurden. Dem versuchte die Führung der DDR dadurch zu begegnen, daß sie die begehrten Produkte des Westens importierte, sich dadurch weiter verschuldete, zur Schuldentilgung wiederum Güter exportierte, die dann dem Binnenmarkt nicht mehr zur Verfügung standen, so daß weitere Versorgungsengpässe hervorgerufen wurden.

Diese offenkundigen Probleme wurden in der SED nicht diskutiert. Stattdessen ging ihre Führung den Weg des Administrierens, der Vertuschung der Widersprüche und Probleme und der Schönfärberei, die in dauernden Erfolgsmeldungen zum Ausdruck kam. Dadurch vergrößerte sich die Kluft zwischen Partei und den breiten Massen und innerhalb der Partei verlor die Führung mehr und mehr das Vertrauen der einfachen Mitglieder. Zwischen den Parteiebenen fand kaum noch ein Erfahrungsaustausch statt. An seine Stelle traten zu verlesende Referate der Parteispitze - Diskussionen darüber gab es kaum. Damit einher ging eine Aufweichung der ideologischen Festigkeit der Partei. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR 1972 wuchsen in der DDR Hoffnungen über eine weitere Entspannung der Beziehungen mit dem westlichen Lager - die neue imperialistische Strategie des „Wandels durch Annäherung“, die der erfahrene Kommunist und Außenpolitiker der DDR, Otto Winzer, als „Konter-

revolution auf Filzlatschen“ bezeichnete, wurde unterschätzt. Sie bestätigte und setzte sich fort in der Unterzeichnung der Abschlusßakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) 1975 und fand ihren unrühmlichen Tiefpunkt in der Billigung des gemeinsamen Dokuments von SED und SPD vom August 1987, in dem dem Imperialismus plötzlich eine „Reform- und Friedensfähigkeit“ bescheinigt wurde. An die Stelle der friedlichen Koexistenz als Form des Klassenkampfes trat ein friedlicher Systemwettbewerb auf der Grundlage gemeinsamer Menschheitsinteressen. Auf dem Feld der Kultur- und Geschichtspolitik wurden mehr und mehr die Gemeinsamkeiten mit der BRD hervorgehoben. Ungelöste ökonomische Probleme, Stagnation, gar Zeichen des beginnenden Verfalls in Versorgung und Infrastruktur und das Schweigen der Partei darüber ließen den Rückhalt in der Bevölkerung aber auch in der eigenen Mitgliedschaft drastisch schwinden. Vor der wachsenden Unzufriedenheit kapitulierte eine Partei letztlich kampflos, die im Inneren gelähmt war und deren Führung längst keinen klaren Kurs mehr besaß. Eine Abwendung der tragischen Ereignisse des Jahres 1989 hätte die Führung einer zielklaren revolutionären Partei und die feste Verbindung mit den Massen zur Voraussetzung gehabt. Diese Voraussetzungen waren in der DDR 1989 nicht mehr gegeben.



An der Vorderfront des ehemaligen ZK-Gebäudes wird im Januar 1990 das SED-Symbol abmontiert

Quellen zum Weiterlesen

Allertz, Robert: Im Visier die DDR. Eine Chronik. Berlin 2002.

Für den deutschen Imperialismus war die DDR ein Störfall der Geschichte, der nicht hingenommen werden durfte. Während der gesamten Zeit ihres Bestehens sah sich die DDR der Angriffe aus der BRD ausgesetzt. Der Autor listet die Angriffe chronologisch auf.

Ohne Verfasser: Fragen an die DDR. Alles, was man über den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat wissen muß. Berlin 2003.

Die Autoren lassen Jugendliche Fragen zur DDR stellen und beantworten die dann. Da das Büchlein im Berliner Verlag edition ost erscheint, dürften die gegebenen Antworten durchaus eine brauchbare Einführung in die wesentlichsten Aspekte der DDR bieten.

Fülberth, Georg: Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945. Köln 2007.

Unabhängig von der Fraglichkeit der titelstiftenden These vom Ende des Nationalstaates Deutschland bietet dieses Buch einen brauchbaren Überblick über die Geschichte beider deutscher Staaten seit 1945. Dabei ist die Darstellung ihrer Entwicklung nicht ineinander verschränkt, sondern übersichtlich in eigene Kapitel aufgeteilt.

Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz. Berlin 2001.

Wenngleich die DDR nicht unerheblich verschuldet war, bleibt immer noch der Frage nachzugehen, ob die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende war. Eine emotional aufgeladene Diskussion ersetzt nicht die sachliche Analyse und die Benennung der Ausgangssituation. Die Auflösung des in der DDR praktizierten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sowie die gewaltigen Transformationsprozesse und deren Hauptinstrument, die Treuhand und ihre Nachfolgeeinrichtungen, unterzieht Siegfried Wenzel, stellvertretender Chef der staatlichen Plankommission der DDR, einer kritisch-bilanzierenden Betrachtung.

Hartmann, Ralph: Die DDR unterm Lügenberg. Mit einem Nachwort von Gerhard Zwerenz. Hannover 2007.

In seinem jüngsten Buch geht der Autor den 10 gängigsten Lügen über die DDR und ihre ehemaligen Bürger nach: 1. Die zwei Diktaturen in Deutschland, 2. Stasifolter und Stasiterror, 3. Der verordnete Antifaschismus, 4. Die marode Wirtschaft, 5. Die DDR vor dem Staatsbankrott, 6. Die Alleinschuld der DDR an der Mauer, 7. Die DDR eine Erziehungsdiktatur, 8. Staatsdoping - Ursache des Sportwunders DDR, 9. Die friedliche Revolution, 10. Die undankbaren ehemaligen DDR-Bürger.

Holz, Hans Heinz: Sozialismus statt Barbarei. Ein Beitrag zur Zukunftsdebatte. Neue Impulse Verlag, 1999.

Sahra Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus - Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute. Weißenseer Blätter, 4/1992, S. 12-26.



Willi Sitte: Arbeitertriptychon I
(Sitte war einer der bedeutendsten Künstler der DDR)

Platz für Notizen